

Fallende Kosten staatlicher Intervention: Abes Kehrtwenden in der Arbeitsmarktpolitik

Steffen Heinrich

Blickt man auf die letzten beiden Jahrzehnte seines politischen Wirkens, zeigt sich, dass Shinzō Abe nicht nur eine große Zahl von zum Teil stark umstrittenen arbeitsmarktpolitischen Reformen formuliert und zum Teil umgesetzt hat, sondern offenbar auch für einen erstaunlichen Bruch in der LDP-Arbeitsmarktpolitik seit den 1990er Jahren verantwortlich ist. Vor dem Bruch lässt sich die Politik der LDP-geführten Regierungen überwiegend als Programm der Arbeitsmarktderegulierung beschreiben, die weniger staatliche Interventionen und Regulierungen erfordert. Erreicht werden sollte, ganz im Sinne einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit japanischer Unternehmen dank flexiblerer Beschäftigungsstrukturen und niedriger Personalkosten, was letztlich zu höherem Wirtschaftswachstum führen sollte. Zwei Vorhaben Abes waren dabei besonders umstritten, die er sowohl in seiner ersten Regierungszeit 2006–7 wie auch nach 2012 verfolgte: die Ausweitung der Möglichkeit einer pauschalen Vergütung von Arbeitnehmern ab einer bestimmten Verdienstgrenze anstelle von Überstundenzuschlägen (*white collar exemption*) und die Vereinfachung von betriebsbedingten Kündigungen durch Abfindungen (*kinsen kaiko rūrūka*).

Doch in seiner zweiten Amtszeit, vor allem ab 2016, stand Abe für ausgesprochen populäre Maßnahmen, die scheinbar nur noch wenig mit dieser Reformagenda gemein haben. Darunter fallen die deutliche Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns, eine gesetzlich verankerte Verschärfung des Grundsatzes gleicher Lohn für gleiche Arbeit, die wiederholt vorgebrachte öffentliche Aufforderung an Arbeitgeber, die Löhne zu erhöhen sowie die Förderung von Frauen in Führungspositionen durch gesetzliche Vorgaben. Aus politikwissenschaftlicher Sicht ergibt sich daraus eine ungewöhnliche Konstellation. Denn üblicherweise wird davon ausgegangen,

dass Politikwechsel mit größeren politischen Umwälzungen einhergehen, z. B. krisenhaften Ereignissen, Regierungswechseln oder einem plötzlichen Umschwung in der öffentlichen Meinung. Keiner dieser Faktoren trifft hier jedoch zu. Tatsächlich wurden die meisten neuen Vorschläge vor allem ab 2016 in einer Phase ausgeprägter politischer Stabilität formuliert, mit komfortablen LDP-Mehrheiten in beiden Parlamentskammern und inmitten der Legislatur.

Dieser Beitrag argumentiert, dass für Abes Kehrtwenden vor allem zwei Faktoren verantwortlich sind: erstens eine geänderte politische Stimmungslage, welche die Auswirkungen neoliberaler Reformen auf soziale Ungleichheit zunehmend kritischer sieht und einhergeht mit einem Umdenken auf internationaler Ebene, die sich in vielen großen Industriestaaten nachvollziehen lässt (vgl. auch Tiberghien 2011). Dieser Umschwung geschah jedoch nicht plötzlich, sondern hatte sich schon über viele Jahre angedeutet insbesondere nach Ende der Amtszeit von Premierminister Koizumi. Aus Sicht der LDP birgt diese veränderte Wahrnehmung ein strategisches Risiko für ihren Wahlerfolg, weshalb man schon lange vor 2016 Aussagen von LDP-Politikern findet, Abe eingeschlossen, die die wachsende Ungleichheit als Problem thematisieren. Gleichwohl blieben reregulierende Reformen bis 2012 unter LDP-Regierungen nachrangig und beschränkten sich meist auf Soft-Law-Ansätze mit Appell-Charakter. Viel wichtiger aber ist der demographiebedingte Arbeitskräftemangel, welcher seit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 immer sichtbarer geworden ist und vor der Pandemie rekordverdächtige Höhen erreichte. Politisch hat der sich verschärfende Arbeitskräftemangel die Kosten von staatlichen Eingriffen in den Arbeitsmarkt erheblich gesenkt, was es der LDP unter Abe ermöglichte arbeitsmarktpolitisch zu intervenieren, ohne dabei große politische oder wirtschaftliche Risiken eingehen zu müssen. Tatsächlich eröffneten sich damit bislang schwer denkbare politische Verteilungsspielräume: Beispielsweise konnten nun bislang eher benachteiligte Gruppen von Arbeitnehmern gefördert werden, ohne dass privilegiere Gruppen dadurch schlechter gestellt werden. Noch wichtiger: Arbeitgeber mussten kaum zusätzlich belastet werden, da sie ohnehin schon unter Druck stehen, Arbeitsbedingungen zu verbessern, um Arbeitskräfte zu gewinnen. Dies machte arbeitsmarktpolitische Interventionen auch für wirtschaftsliberale politische Kräfte vertretbar. Denn unter diesen Voraussetzungen verliert selbst das scheinbar scharfe Schwert einer gesetzlich und detailliert geregelten Gleichbehandlung von regulären und nicht-regulär Beschäftigten – dem Vorhaben, das die Kehrtwende Abes ab 2016 vielleicht am stärksten symbolisiert – deutlich an Brisanz. Unternehmen entstehen dadurch kaum Kosten, die sie nicht ohnehin schon zu tragen haben.

Die De- und Reregulierung des japanischen Arbeitsmarktes unter Abe

Um zu verstehen, wie sehr der Arbeitskräftemangel die Einstellung der LDP zu arbeitsmarktpolitischen Interventionen verändert hat, ist es notwendig zunächst die Gründe und Auswirkungen der vorherigen arbeitsmarktpolitischen Deregulierungspolitik zu beleuchten. Diese stehen für eine epochale Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik in den Industriestaaten seit den 1980er Jahren. Darunter fällt auch die Idee, dass weniger staatliche Regulierung und Interventionen effizientere Märkte zur Folge haben, was das Wirtschaftswachstum belebt. Japans exportorientierte Großunternehmen und ihre Interessensvertretungen wie Keidanren griffen diese Ideen auf und formulierten mit Blick auf bestehende Personalpraktiken das Konzept des Beschäftigungsportfolios (*koyō pōtoforio*). Unternehmen sollten damit noch stärker als bisher in Kern- und flexible Randbelegschaft unterscheiden und für letztere auf nicht-reguläre Formen der Beschäftigung zurückgreifen. Diese könnten nicht nur flexibler eingesetzt werden, sondern würden auch zu geringeren Lohnkosten führen. Um dies umzusetzen, war es nötig, zum Teil bereits bestehende Personalpraktiken zu legalisieren bzw. die Möglichkeiten der Nutzung nicht-regulärer Beschäftigung auszuweiten. 1999 und 2003 beispielsweise wurden eine Reihe von langjährigen Einschränkungen der Leiharbeit abgeschafft. Diese und andere Reformschritte von LDP-geführten Regierungen trugen zweifellos dazu bei, dass sich die Zahl der nicht-regulär Beschäftigten seit den späten 1980er Jahren dramatisch erhöht hat. In wirtschaftlichen Krisenzeiten zeigte sich jedoch, dass Unternehmen zuerst reguläre Stellenangebote für junge Arbeitssuchende zurücknahmen und immer mehr nicht-reguläre Jobs schufen. Das führte zu mehreren Jahrgängen einer »lost generation« von Absolventen, von denen viele aufgrund der ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen keine Festanstellung mit Aussicht auf langfristig steigende Löhne finden konnten.

Ein weiterer politisch brisanter Effekt der Ausweitung nicht-regulärer Beschäftigung liegt darin, dass sie die Konkurrenzsituation zwischen regulär und nicht-regulär Beschäftigten verschärfen kann. Regulär Beschäftigte verfügen in der Regel zwar über einen besseren Kündigungsschutz, doch wenn Unternehmen die gleiche Arbeit zunehmend durch günstigere nicht-regulär Beschäftigte ausführen lassen (können), können so auch die Löhne der Festangestellten unter Druck geraten. Tatsächlich finden sich ab den 1990er Jahren zunehmend betriebliche Vereinbarungen, die Lohnzurückhaltung im Tausch für Arbeitsplatzgarantien vorsehen. Dies dürfte mit dazu beigetragen haben, dass selbst regulär Beschäftigte es in den letzten 30 Jahren – trotz ihrer vergleichsweise privilegierten rechtlichen Absicherung und tendenziell besseren Repräsentation durch

Gewerkschaften – nicht vermocht haben, ihre Reallöhne nennenswert zu steigern. Allerdings sind nicht-regulär Beschäftigte aufgrund ihrer schwachen gewerkschaftlichen Verankerung strukturell noch weniger in der Lage, bessere Löhne auszuhandeln. Mari Miura (2012) hat den Prozess der japanischen Deregulierung nicht-regulärer Beschäftigung bei gleichzeitiger Beibehaltung der meisten Privilegien regulärer Beschäftigter als »asymmetrische Deregulierung« bezeichnet. Nicht-regulär Beschäftigte fungierten dabei zuweilen als eine Art Sicherheitspuffer für regulär Beschäftigte und seien zuerst von Arbeitsplatzverlust betroffen.

Im Verhältnis zwischen beiden Angestelltengruppen lässt sich daher eine strukturell angelegte Konkurrenz erkennen, welche es schwierig machen kann, politische Maßnahmen zu formulieren, die beiden gleichermaßen zugutekommt. In Japan sprechen einige Indizien dafür, dass diese strukturelle Spaltung stark ausgeprägt ist und sich durch die Reformpolitik bis 2016 verschärft hat. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass viele unternehmensbasierte Gewerkschaften trotz der hohen Zahl nicht-regulärer Arbeitnehmerverhältnisse bis heute fast ausschließlich die Interessen der Festangestellten vertreten.

Zwar erkannte schon Abe auch schon 2006/2007 an, dass der Unterschied zwischen regulärer und nicht-regulärer Beschäftigung sozial ungerecht sei und verringert werden müsse. Doch wurde seine Ankündigung damals vielfach als Rechtfertigung verstanden, die soziale und rechtliche Absicherung von Festangestellten in Frage zu stellen. Abe kündigte einen »Labour Big Bang« an, ein Bündel von Maßnahmen, welches auch zu leistungsgerechter Entlohnung und höherer Erwerbstätigkeit von Frauen führen sollte. Arbeitnehmer sollten für ihre tatsächlich geleistete Arbeit entlohnt werden und nicht allein aufgrund formaler Bestimmungen Privilegien genießen. Besonders umstritten war dabei der Vorschlag, es Arbeitgebern zu ermöglichen betriebsbedingte Kündigungen auszusprechen, wenn sie den Betroffenen eine angemessene Abfindung zahlen. Darüber hinaus versuchte Abe die sogenannte *white-collar exemption* durchzusetzen, die es erlaubt hätte, mehr Beschäftigte ab einem bestimmten Jahreseinkommen von der gesetzlichen Arbeitszeitbestimmung auszunehmen, welche vorsieht, dass geleistete Überstunden zusätzlich zu vergütet sind. Beide Initiativen scheiterten nicht zuletzt, weil die Gewerkschaften die Öffentlichkeit davon überzeugte, darin einen Angriff auf die Arbeitsplatzsicherheit und Löhne von Festangestellten zu sehen. Trotz dieser Kontroverse wurden beide Maßnahmen wieder aufgegriffen, als Abe 2012 in das Amt des Premierministers zurückkehrte (Heinrich 2017). Doch auch dieses Mal wurden die Initiativen letztlich fallen gelassen, weil sie sich als kaum weniger kontrovers erwiesen. Das zeigt einerseits, dass sich die öffentliche

Skepsis gegen weitere Deregulierung verfestigt hatte, aber auch, dass Abes Kehrtwenden keine wirkliche programmatische Neuorientierung vorangegangen war.

Nach Steven Vogel (2021) ist die Kehrtwende vielmehr auf die sich verändernden Interessen der Arbeitgeber zurückzuführen, die sich zunehmend beunruhigt zeigten angesichts des sich verschärfenden Arbeitskräftemangels. Abes Regierung reagierte darauf zunächst mit Appellen und gezielter Förderungspolitik, welche es für Frauen attraktiver machen sollte, erwerbstätig zu sein bzw. mehr Arbeitsstunden als bisher zu leisten (fast 60 % der angestellten Frauen arbeiten in nicht-regulären Beschäftigungsverhältnissen meist mit reduzierter Arbeitszeit bzw. mit wenigen Überstunden). So sollte der Pool von Arbeitskräften erweitert werden. Mit der Förderung bezahlter Erwerbsarbeit von Frauen ergibt sich aber ein Problem mit der von der LDP traditionell favorisierten Sozialpolitik, welche vorsieht, dass ein erheblicher Teil der Altenpflege und Kinderbetreuung unbezahlt durch Frauen erbracht wird. Es überrascht daher nicht, dass sich die Regierung Abe nun auch deutlicher für den Ausbau von außerhäuslicher Kinderbetreuung aussprach.

Eine weitere Kehrtwende betrifft die veränderte Einstellung gegenüber der Lohnentwicklung und -findung. LDP-Regierungen seit den 1990er Jahren folgten lange dem Credo, Lohnzurückhaltung diene der Wettbewerbsfähigkeit japanischer Unternehmen und könne dazu beitragen, einem Anstieg der Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Zu dieser Politik gehörte auch, dass der staatliche Mindestlohn über viele Jahre kaum angepasst wurde und im internationalen Vergleich niedrig blieb. Seit 2012 aber setzte sich die Regierung Abe öffentlich und wiederholt dafür ein, dass die Mindestlohnkommission deutlich höhere Lohnuntergrenzen festsetzt (diese sind seither deutlich schneller gewachsen als die Durchschnittslöhne, zwischen 2013 und 2019 um durchschnittlich 2,7 Prozent pro Jahr). Darüber hinaus hat sie die Arbeitgeber wiederholt dazu aufgerufen, die Löhne deutlich zu erhöhen und die Arbeitnehmer an der gestiegenen Profitabilität der (Groß-)Unternehmen teilhaben zu lassen. Enthalten war in diesen Forderungen aber die Drohung, dass die Regierung noch stärker intervenieren könnte, sollten die Unternehmen nicht Folge leisten. Die »Reform der Arbeitsformen« (*hatarakikata kaikaku*), welche Abe 2016 ankündigte und in den Folgejahren schrittweise umsetzte, beinhaltete eine Reihe von weitreichenden Reformen, wie etwa die Begrenzung der Arbeitszeit und die Gleichbehandlung von regulären und nicht-regulären Arbeitnehmern bei der Bezahlung. Diese Maßnahmen sollten aber nicht nur die Ungleichheit verringern, sondern möglichst kurzfristig zu einem spürbaren Lohnanstieg führen (siehe Heinrich 2017:

134). Nicht-regulär Beschäftigte sollten dadurch mehr verdienen und regulär Beschäftigte durch Arbeitszeitverkürzung von einer verbesserten Work-Life-Balance profitieren. Dies sollte den Konsum stützen und zugleich die im verstärkten Maße erwerbstätigen Frauen bei der Care-Arbeit entlasten.

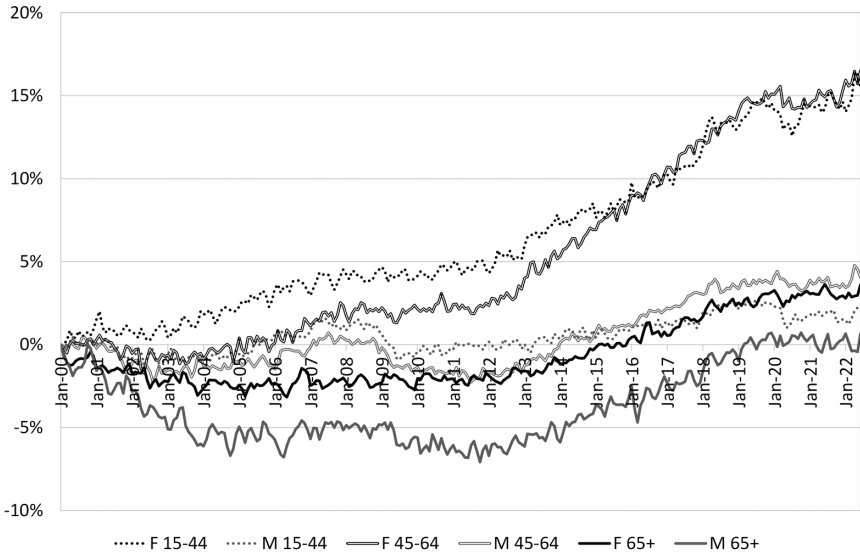
Damit würde die Binnennachfrage gestärkt und ein Umfeld für höhere Wachstumsraten geschaffen – diesmal jedoch nicht im Sinne einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Auffällig ist, dass Abes Regierung auf strikte und genau ausformulierte gesetzliche Vorgaben setzte, um gewünschte Änderungen herbeizuführen, und nicht mehr allein auf Appelle. Allerdings muss dabei auch bedacht werden, dass Abes Reformprogramm die strukturelle Benachteiligung nicht-regulär Beschäftigter nicht beseitigt, allenfalls gemildert hat. Und auch regulär Beschäftigte profitieren von seiner Politik eher wenig, was die weiterhin stagnierenden Reallöhne zeigen.

Bedeutung des Arbeitskräftemangels und der »Abenomics«

Beobachter wie Vogel halten Abe jedoch zugute, dass seine neue Politik schnell spürbare Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt herbeigeführt hat. Die Förderung von weiblicher Erwerbstätigkeit im Besonderen habe dazu beigetragen, den Pool an Arbeitskräften erheblich zu erweitern. Betrachtet man die Änderungen in der Erwerbstätigkeit (Abbildung 1), scheint sich das zu bestätigen. Das Wachstum hat sich in allen Altersgruppen nach 2012 deutlich beschleunigt, besonders aber für Frauen im unteren und mittleren Alter. Das oft beschriebene Phänomen der sinkenden Erwerbsquote von Müttern und Frauen in der Lebensmitte (»M-Kurve«) scheint immer mehr an Bedeutung zu verlieren.

Doch es ist zweifelhaft, dass sich dies vor allem auf Abes Politik zurückführen lässt. Tatsächlich dürften der wachsende Arbeitskräftemangel und die sich verbessernde wirtschaftliche Situation nach der globalen Finanzkrise weitaus wichtiger gewesen sein, wie sich in Abbildung 2 erkennen lässt. Hier ist das Verhältnis von offenen Stellen für Absolventen zur Zahl der Absolventen abgebildet. Werte über 1 bedeuten, dass es mehr Stellen gibt als potenzielle Bewerber. Kurz vor der globalen Finanzkrise deutet sich bereits an, dass die Unternehmen zunehmend mit einem Mangel an Bewerbern zu tun haben. Zunächst aber herrschte eine »Eiszeit« bei den Einstellungen, d. h. über Jahre gab es weniger Vollzeitstellen als arbeitssuchende Absolventen. Die Konjunktur erholt sich in den Folgejahren und ab 2012, das Verhältnis kehrt sich anschließend rasant um und erreicht 2019 einen historischen Höchststand.

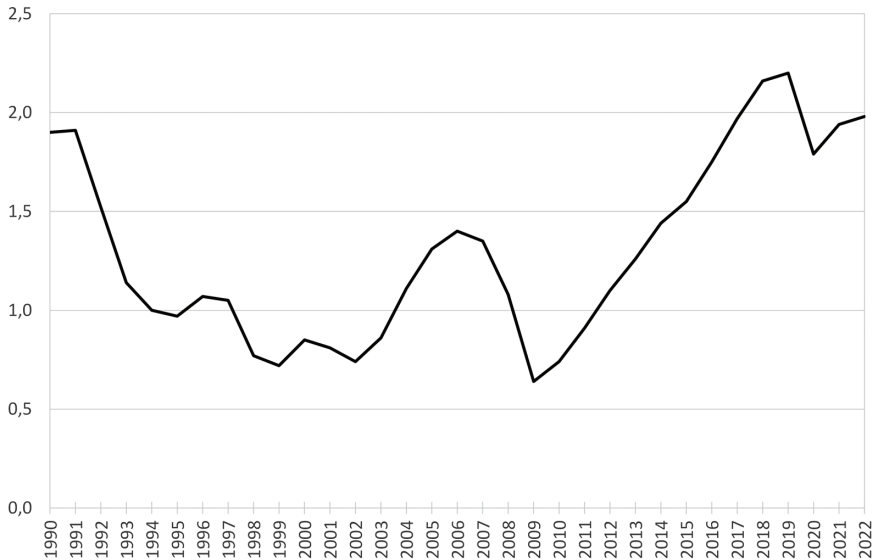
ABBILDUNG 1: Änderung in der Erwerbstätigenrate nach Alter und Geschlecht, Januar 2000 (= 100) bis Juni 2022



Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Arbeitskräfteerhebung des Ministeriums für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt.

Der Einfluss des demographiebedingten Arbeitskräftemangels zeigt sich, wenn man die Entwicklung der absoluten Zahl der Erwerbstätigen zwischen dem Jahr 2000 und 2022 betrachtet. Sie stieg in dieser Zeit um 4 Prozent, während die Zahl der jungen männlichen Arbeitnehmer (15 bis 44 Jahre) um über 7 Prozent abnahm – trotz steigender Erwerbsquote in dieser Gruppe. Das bedeutet, dass die traditionell bedeutsamste Gruppe von Erwerbstätigen der meist männlichen Breadwinner deutlich an Gewicht verliert und insbesondere von Frauen mittleren Alters und älteren Arbeitnehmern ersetzt wird. Letztere verzeichnen zwar den geringsten Anstieg in der Erwerbstätigkeit (+0,6 % bei Männern über 65, siehe Abb. 2), sind aber aufgrund der demographischen Alterung inzwischen zahlenmäßig so groß, dass ihr Anteil an allen Beschäftigten mit Abstand am stärksten zugenommen hat. Diese konjunkturellen und demographischen Veränderungen machen die arbeitsmarktpolitischen Kehrtwenden in Abes zweiter Amtszeit erst möglich und erklären zumindest zu einem großen Teil die zeitliche Abfolge der Reformschritte wie auch deren Inhalt.

ABBILDUNG 2: *Verhältnis offene Vollzeitstellen für Absolventen zu arbeitssuchenden Absolventen 1990–2022*



Anm.: Angabe für 2022 entspricht Durchschnitt des ersten Halbjahres. Zahlen beziehen sich auf die bei öffentlichen Arbeitsämtern erfassten Stellen und Stellengesuche für bzw. von Absolventen. Ausgenommen sind Teilzeitstellen (*pātotaimu*).

Quelle: Jobvermittlungstatistik des Ministeriums für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt.

Wie bedeutsam sind Abes Kehrtwenden für die künftige Arbeitsmarktpolitik der LDP?

Stehen Abes Kehrtwenden in der Arbeitsmarktpolitik für eine langfristige Veränderung oder vor allem »kosmetische« Korrekturen? Die Tatsache, dass Abe zum Teil neue Wege beschritten hat in der Gesetzgebung, den Ausbau von Kinderbetreuung und die Förderung von weiblicher Erwerbsarbeit explizit zu zentralen Zielen seiner Politik erklärte, sprechen für einen signifikanten Wandel. Auch die Appelle an Arbeitgeber, die Löhne deutlich zu erhöhen und die kräftig steigenden Mindestlöhne widersprechen der Vorstellung eines Staates, der immer weniger bzw. möglichst wenig in wirtschaftliche Prozesse eingreift. Vergleicht man jedoch die Erfahrung Japans mit der anderer Industriestaaten, so relativiert sich die Radikalität dieses Politikwechsels zumindest zum Teil. So haben auch Großbritannien und Deutschland

zur selben Zeit wie Japan neue Höchststände in der Zahl der Beschäftigten erreicht und wie in Japan haben auch dort zuvor eher wirtschaftsliberal-geprägte Parteien den Mindestlohn stark erhöht (Großbritannien) bzw. verpflichtend gemacht (Deutschland). Abes Kehrtwenden sind also keineswegs singuläre Ereignisse. Es spricht daher einiges dafür, dass Arbeitskräftemangel die politischen und wirtschaftlichen Kosten von arbeitsmarktpolitischen Interventionen deutlich senkt und neue politische Spielräume schafft – besonders für konservative und liberale Parteien. Zugleich erzwingt er keine vollständige Abkehr von angebotsorientierter Wirtschaftspolitik. Vielmehr kann diese nun viel leichter mit gezielten und öffentlichkeitswirksamen Interventionen flankiert werden.

Vogel zufolge sind sich Abe und die LDP insoweit treu geblieben, als sie sich auch nach 2016 vor allem als Anwalt der sich ändernden Interessen der Wirtschaft verstanden haben. Auch andere Analysen stützen eine skeptische Sichtweise der Kehrtwenden als programmatische Neuorientierung. So argumentiert Shibata (2017), dass Abes zentrales Programm der »Abenomics« auch deswegen hinter den Erwartungen geblieben sei, weil es an einem fundamentalen Widerspruch leide. Seine Politik vereine einerseits Maßnahmen, die die Flexibilität der Beschäftigten erhöhen und Arbeitskosten in Zaum halten sollen und andererseits Maßnahmen, welche auf eine Erhöhung der Löhne abzielen, um die Binnennachfrage zu stärken. Dadurch entstehe aber kein solides Wachstumsmodell, in welchem die Breite der Bevölkerung profitiere. Für Shibatas Sichtweise spricht, dass Abes Nachfolger als Premierminister, Fumio Kishida, sich 2021 zumindest rhetorisch ähnlich von Abe abzusetzen versuchte, wie Abe 2005 von seinem Vorgänger Koizumi. Abe unterstrich damals die Wichtigkeit der bisherigen wachstumsorientierten Reformpolitik, kritisierte aber auch die daraus resultierende soziale Ungleichheit. Kishida formulierte in seiner Kampagne für den LDP-Vorsitz das Konzept eines neuen Kapitalismus (anfangs noch »japanischer Prägung«), der Wachstum aber eben auch die gleichmäßige Verteilung des dadurch entstehenden Wohlstands sicherstellen soll. Das deutet an, dass – sofern sich die wirtschaftliche Lage nicht dramatisch verändert – die Faktoren, die für Abes Kehrtwenden entscheidend waren, noch an Gewicht gewinnen könnten: die breite Zustimmung zu mehr Umverteilung durch staatliche Interventionen und die politischen Spielräume, die sich aus dem weiter verschärfenden Arbeitskräftemangel ergeben.

Literatur

- Heinrich, Steffen (2017), »(Keine) Angst vorm Wähler: Abes arbeitsmarktpolitische Strukturereformen in Zeiten wachsender Ungleichheit«, in: Steffen Heinrich und Gabriele Vogt (Hg.), *Japan in der Ära Abe: Eine politikwissenschaftliche Analyse*, München: Iudicium, 118–138.
- Miura, Mari (2012), *Welfare Through Work: Conservative Ideas, Partisan Dynamics, and Social Protection in Japan*, Ithaca: Cornell University Press.
- Shibata, Saori (2017), »Re-packaging Old Policies? ›Abenomics‹ and the Lack of an Alternative Growth Model for Japan's Political Economy«, in: *Japan Forum*, 29 (3): 399–422.
- Tiberghien, Yves (2011), »The Political Consequences of Inequality in Japan«, in: *Shakai Kagaku Kenkyū*, 62 (1): 77–99.
- Vogel, Steven K. (2021), »Abe's Slight Left Turn: How a Labour Shortage Transformed Politics and Policy«, in: Takeo Hoshi and Philip Y. Liscy (Hg.), *The Political Economy of the Abe Government and Abenomics Reforms*, Cambridge: Cambridge University Press, 271–309.